

Presseinformation

Kiel, den 06.05.2026

Es gilt das gesprochene Wort



landdagsgruppen
loondäisfraktsjoon
Landtagsfraktion

Christian Dirschauer

TOP 43 Freiheit schützen, Risiken begrenzen – Kinder und Jugendliche im Umgang mit sozialen Medien stärken und befähigen

Drs. 20/4388

„Das Problem der Social Media-Nutzung von Kindern und Jugendlichen ist komplex und es gibt nicht die eine richtige Lösung. Und doch glauben wir, dass eine wirksame Plattform-Regulierung auf EU-Ebene, eine Nutzungseinschränkung für die ganz jungen Nutzer und eine enge medienpädagogische Begleitung von Kindern und Eltern ein Schritt in die richtige Richtung sind.“

„Wir haben eine Generation von Dummen in die Welt gesetzt.“ Das sagte eine der Anzuhörenden in der Debatte um die Nutzung sozialer Medien durch Kinder und Jugendliche. Da frage ich mich: platzieren wir hier die Verantwortung an der richtigen Stelle? Wer hat denn die Inhalte und Algorithmen der Social Media Plattformen hervorgebracht?

Wer füttert die sozialen Medien täglich mit Darstellungen von Gewalt, Pornographie und weiterem Elend? Wer füllt das Netz mit gedankenlosen Hasskommentaren? Die Kinder und Jugendlichen? Oder müssen wir uns den Schuh als Erwachsene selbst anziehen? Wie gut können denn die meisten von uns den Versuchungen der sozialen Medien widerstehen? Sind wir den Kindern und Jugendlichen gute Vorbilder?

Reflexartig wird immer wieder nach einem Social Media Verbot für Kinder und Jugendliche unter 14 oder unter 16 Jahren gerufen. Aber was verstehen wir unter sozialen Medien? Gehören da auch die Messenger-Dienste dazu? Oder meinen wir wirklich nur Instagram, Facebook, TikTok, Snapchat und wie sie alle heißen? Und sind das wirklich Medien in dem Sinne, in dem wir Medien sonst verstehen? Dann hätten sie sich auch heute schon an Recht und Gesetz zu halten, wie es jede Zeitung, auch mit ihrem Online-Auftritt, tun muss. Tun sie aber nicht, das interessiert bei den großen Konzernen keinen. Da geht es um Klicks und nicht um Wahrheit und Sicherheit und Jugendschutz. Und das ist doch der Denkfehler, den wir machen: wir müssen die Konzerne, die hinter diesen Plattformen stehen, in die Verantwortung nehmen und nicht die Nutzer. Wer in Deutschland Glücksspiel anbietet, ist auch gesetzlich verpflichtet, die Spieler zu schützen. Unser Ziel muss eine wirksame Plattform-Regulierung auf europäischer Ebene sein. Diese müssen verpflichtet werden, für Kinder

und Jugendliche ab 13 Jahren angepasste Accounts anzubieten, die nur bestimmte, nicht jugendgefährdende Inhalte anzeigen und die die jungen Menschen vor allem nicht dazu verleiten, stundenlang auf dem Smartphone zu scrollen. Dafür braucht es dann, wie von der SPD vorgeschlagen, eine verbindliche Alters-Verifizierung. Gerade in jungen Jahren richtet umfangreiche Bildschirmzeit Schäden an, die wir oft kurzfristig gar nicht überblicken. Die Kinderärzte sprechen hier eine sehr deutliche Sprache, das sollten wir ernst nehmen. Die CDU hätte jetzt die Möglichkeit, das Thema auf der Bundesebene zu platzieren, wo wir eine CDU-geführte Regierung haben. Diese könnte das ins EU-Parlament tragen, wo die Konservativen am stärksten sind und eine deutsche CDU-Politikerin an der Spitze der EU-Kommission steht. Selten, lieber Herr Ministerpräsident, war die Gelegenheit für Sie wohl so günstig, um hier wirklich einen Stein ins Rollen zu bringen. Darüber hinaus brauchen wir professionelle medienpädagogische Angebote, die auch die Lehrkräfte in den Schulen unterstützen können. Wir können nicht noch eine Aufgabe auf dem Tisch der Lehrkräfte abladen und hoffen, dass sie es schon lösen werden. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass viele Eltern sich mit den Problemen allein gelassen fühlen und vielfach selbst überfordert sind. Medienbildung muss daher auch und vor allem bei den Eltern ansetzen, wir können die Kinder hier nicht allein in die Verantwortung nehmen. Das Problem der Social Media-Nutzung von Kindern und Jugendlichen ist komplex und es gibt nicht die eine richtige Lösung. Und doch glauben wir, dass eine wirksame Plattform-Regulierung auf EU-Ebene, eine Nutzungseinschränkung für die ganz jungen Nutzer und eine enge medienpädagogische Begleitung von Kindern und Eltern ein Schritt in die richtige Richtung sind. Es geht also weniger um die Frage „Verbot – ja oder nein“, sondern vielmehr darum, wie wir eine Umgebung gestalten, die den Kindern und Jugendlichen passt ohne ihnen zu schaden. Hier wäre der Dreiklang von „Zugang begrenzen“, „Systeme verändern“ und „Kompetenzen stärken“ meines Erachtens der richtige Ansatz. Es wird Zeit, dass wir ins Handeln kommen, bevor noch mehr Kinder und Jugendliche Schaden nehmen!

Hinweis: Diese Rede kann hier ab dem folgenden Tag als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek/>